


The SPD logo consists of the letters 'SPD' in white, bold, sans-serif font, centered within a solid red square.A photograph of Johann Saathoff, a man with short brown hair, smiling and wearing a dark suit jacket over a light blue shirt. He is standing in front of the Reichstag building in Berlin. The building's dome and classical architecture are visible in the background under a clear blue sky. German and European Union flags are also visible.

Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 11. April 2014

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 04 / 2014

Mein mitbrunnen!

Arbeitsreiche Wochen gehen zu Ende und wir freuen uns wohl alle auf die Osterpause. Das Bundeskabinett hat den Mindestlohn verabschiedet. Ab 2015 sollen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens 8,50 Euro pro Stunden verdienen. Damit haben wir bei einem unserer wichtigsten Projekte eine erste Hürde genommen. Im parlamentarischen Verfahren müssen wir uns nun gegen die Forderungen der Union nach weiteren Ausnahmen zur Wehr setzen.

In der vergangenen Woche wurde der Bundeshaushalt 2014 beraten. Im Vordergrund steht die Umsetzung der „prioritären Maßnahmen“ aus dem Koalitionsvertrag: Investitionen in Bildung und Forschung, in Infrastruktur und Städtebau sowie eine Entlastung der Kommunen. Das alles unter der Vorgabe, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und ab 2015 keine Schulden mehr zu machen.

Zwar wird der Bund in diesem Jahr noch ein letztes Mal Schulden machen, strukturell – das heißt, wenn man konjunkturelle Effekte heraus rechnet – ist der Haushalt bereits jetzt ausgeglichen, wahrscheinlich sogar leicht im Plus. Wir kommen also voran und die Arbeit der SPD trägt Früchte.

Nun freue ich mich erst mal auf ein paar ruhigere Tage im Kreise der Familie. Danach geht's dann mit voller Kraft weiter. Ich wünsche Euch allen ...



*„Das weiß ein jeder,
wer's auch sei, gesund und
stärkend ist das Ei.“*

Wilhelm Busch

...fröhliche und ruhige Ostertage!

Euer

Johann Saathoff

Landesgruppe Niedersachsen/Bremen trifft AWO-Vertreter

Am vergangenen Montag nahmen verschiedene Vertreter der AWO an der Sitzung der Landesgruppe Niedersachsen-Bremen in der SPD-Bundestagsfraktion teil.

Zu Gast waren Dr. Harald Groth, Vorsitzender der AWO Weser-Ems, Hanna Naber, Geschäftsführerin der AWO Weser-Ems, Rifat Fersahoglu-Weber, der Vorstandsvorsitzender AWO Braunschweig, Gabriele Siebert-Paul, die Präsidiumsvorsitzende AWO Braunschweig, Harald Beck, der Geschäftsführer AWO Hannover und Falk Hensel, der Verbandssekretär AWO Braunschweig.

Gemeinsam mit SPD-Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen und Bremen wurden viele wichtige Themen erörtert, unter anderem die Pflege, das Bundesteilhabegesetz und der Mindestlohn.

Ich freue mich sehr, dass die SPD-Landesgruppe in einem so regen Dialog mit der AWO steht. Dies ist wichtig für uns, die Ansichten und Meinungen der AWO bieten immer wieder wertvollen Input und sind ein guter Gradmesser für unsere Politik im Deutschen Bundestag. Auch künftig wollen wir diesen regen Dialog beibehalten.



Anhörung des Agrarausschusses zu Direktzahlungen

Der Landwirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages hat das Direktzahlungsdurchführungsgesetz in erster Lesung debattiert und im Ausschuss dazu eine Anhörung durchgeführt. Die vorgesehenen Regelungen sind vor allem für die ostfriesischen Milchviehhalter problematisch.

In der Anhörung wurde deutlich, dass der Wert von Dauergrünland vom Standort, der Qualität der Grünlandnarbe und der Bewirtschaftung abhängig ist. In einigen Bundesländern gibt es bereits heute ein Grünlandumbruchverbot, das allerdings nicht durchgesetzt werden kann. In Niedersachsen wurde das Umbrechen von Dauergrünland bereits im Jahr 2003 unter Genehmigungsvorbehalt gestellt. Um das umweltpolitische Dauergrünland zu schützen reicht es in jedem Fall nicht aus, nur einen Grünlandanteil an der Landwirtschaftsfläche zu erhalten.

Wir werden im weiteren Verfahren darüber beraten, ob wir es den Bundesländern ermöglichen wollen, Flächen von der Gebietskulisse der Natura2000-Flächen auszunehmen oder andere besonders schutzwürdige Flächen hinzuzufügen.

Unser langfristiges Ziel ist es, in Deutschland gar keine Direktzahlungen mehr zu haben. Dafür bekamen wir auch Unterstützung der Sachverständigen, bspw. vom Präsidenten des von-Thünen-Instituts, Prof. Isermeyer.

Unter den Sachverständigen war auch der Präsident des Niedersächsischen Landvolkes, Werner Hilse, und darüber hinaus auch ein gebürtiger Ostfrieser: Hermann Onko Aeikens ist heute allerdings Minister für Landwirtschaft und Umwelt in Sachsen-Anhalt.

Wir wollen die Auswirkungen auf die Landwirte so gering wie möglich halten, in erster Linie die angestrebten Ziele von Naturschutz und Biodiversität erreichen.

Das Gesetzgebungsverfahren soll noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden, da Deutschland seine Regelung bis zum 01. August bei der EU vorgelegt haben muss.



Bahnchef Grube im Gespräch mit der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen



Die niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten haben sich mit Bahnchef Rüdiger Grube getroffen. Bei dem Gespräch im Fraktionsvorstandssaal der SPD-Bundestagsfraktion ging es um die Auswirkungen der EEG-Reform auf die Bahn, aber auch um zahlreiche niedersächsische Verkehrsprojekte u.a. die Y-Trasse oder das Thema Hafenhinterlandanbindung.

Die Landesgruppe Niedersachsen hat traditionell guten Kontakt zur Deutschen Bahn. Ein- bis zweimal im Jahr sitzen wir zusammen, um über aktuelle Themen zu sprechen. Im nächsten Jahr steht ein besonderes Projekt an, dann wird nämlich der neue Bundesverkehrswegeplan erarbeitet. Darin soll z. B. auch die Bahnstrecke von Groningen nach Bremen enthalten sein. Momentan prüft das Bundesverkehrsministerium alle angemeldeten Projekte.

Bundesarbeitsministerium gibt deutlich mehr Geld für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit aus



Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles wird deutlich mehr Geld für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung stellen. Ein entsprechender Vorschlag wurde im Rahmen der jetzt laufenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag eingebracht.

Insgesamt sollen in den kommenden vier Jahren die Mittel für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit um insgesamt 1,4 Mrd. Euro aufgestockt werden. Für 2014 ist dies ein Mehr von 325 Millionen Euro. Bei dem Geld handelt es sich um Ausgabereste aus dem Bundeshaushalt.

Für die Jobcenter in Aurich und Emden bedeutet das eine Erhöhung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik in diesem Jahr um 483.000 Euro. Damit setzen wir nach jahrelangen Kürzungen in diesem Bereich endlich eine Trendwende in Gang. Das nützt vor allem den Langzeitarbeitslosen, von denen endlich wieder deutlich mehr eine Chance auf einen Arbeitsplatz, auf Qualifizierung und damit auf Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben erhalten. Damit unterstreichen wir unsere Bemühungen, unser Engagement bei den Langzeitarbeitslosen zu intensivieren.

Fast die gleichen Beträge werden den Jobcentern auch für die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zur Verfügung gestellt.

Podiumsdiskussion bei der IG Metall zum Thema „Betriebliche Mitbestimmung“

Im Vorfeld der Betriebsratswahlen bei Enercon und seinen Tochterunternehmen war ich Teilnehmer einer Podiumsdiskussion zum Thema „Betriebliche Mitbestimmung“ im Europahaus in Aurich. Mit mir auf dem Podium saß u.a. der Betriebsratsvorsitzende der Meyer-Werft, Thomas Gelder. Ich sollte eigentlich ausführlich über das Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie berichten, bei dem es überwiegend um die Einführung des Mindestlohns geht. Allerdings kam ich gar nicht dazu, denn es entwickelte sich eine Diskussion um Betriebsräte und Enercon. Ich machte deutlich, dass Betriebsräte zum Erfolg eines Unternehmens beitragen und nicht eine Last bedeuten. Die Kolleginnen und Kollegen berichteten von den Möglichkeiten guter Arbeit durch Betriebsräte.



Mit den Teilnehmern der Podiumsdiskussion in Aurich

Parlamentarischer Abend der bekennenden Fleisch- und Wurstesser in Hannover

Der Parlamentarische Abend des „Clubs der bekennenden Fleisch- und Wurstesser“ aus Aurich in Hannover war auch in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg. Die Traditionsveranstaltung mit den kulinarischen Spezialitäten des Norder Fleischermeisters Enno Appelhagen im schallenden Gewölbekeller des Rathauses von Hannover war wie immer eine besonders wertvolle Werbung für Ostfriesland.

Der Empfang ist eine hervorragende Kommunikationsplattform, die auch Ministerpräsident Stephan Weil gerne nutzt. Der neue Krummhörner Bürgermeister Frank Baumann hielt eine beeindruckende Rede unter dem Titel „Wi sünd wat besünners“. Ostfriesland war in Hannover natürlich wieder stark vertreten. Auf dem Bild ist ein Teil der Ostfriesen zu sehen, nämlich Beate Kappherguß, Michael Hook, Gerhard Ihmels, Wiard Siebels, Carl Wilts, Johannes Trännapp, Julian Jetses, Anja Thomßen

und Manfred Eertmoed an.

Eine bessere Werbung auf politischem Parkett kann es nicht geben und im Rahmen dieser Veranstaltung konnte wir für Ostfriesland schon so manche Angelegenheit regeln.



SPD Stadtverband und Ratsfraktion sprechen über die Zukunft der Windenergie

Zu einer gemeinsamen Veranstaltung des SPD Stadtverbandes Aurich und der SPD Fraktion im Rat der Stadt Aurich war ich auf Einladung von Wiard Siebels, MdL und Ingeborg Hartmann-Seibt zu Gast. Thema war die anstehende Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

In meinen Ausführungen habe ich zunächst einen Überblick über die geplanten Regelungen gegeben. Mit Blick auf die für Aurich so wichtige Windkraft an Land machte ich deutlich, dass es nicht darum gehe, den Ausbau der Windkraft zu bremsen. Mit der Einführung des atmenden Deckels von rund 2,5 Gigawatt installierter Leistung pro Jahr wollen wir vielmehr der Ausbau der Windkraftanlagen in Einklang mit dem Netzausbau bringen. Ich machte deutlich, dass sich der

Gesetzentwurf zum damaligen Zeitpunkt noch im Entwurfsstadium befände. Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf am 8. April verabschiedet, die Beratungen im Deutschen Bundestag beginnen im Mai. Ich sprach mich in der Veranstaltung dafür aus, dass man den Entwurf dahingehend ändern sollte, dass es sich bei den 2,5 Gigawatt um den Netto-Zubau handeln müsse. Laut der Formulierung im Referentenentwurf ging es nur um den Zubau, durch Repowering abgebaute Anlagen sollten nicht berücksichtigt werden. Im Anschluss diskutierten wir ausführlich über die Novellierung des EEG und über andere aktuelle Themen aus der Bundespolitik. Im mittlerweile verabschiedeten Kabinettsbeschluss geht es bei der Windkraft an Land nun um den Nettozubau. Bei der Windkraft auf See haben wir nun die Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Ausbau geschaffen.



Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB
Burggraben 46, 26506 Norden
Tel: 04931 - 4417
Fax: 04931- 930 16 73
johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030 - 227 - 73 155
Fax: 030 - 227 - 70 155
johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155
johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Sabine Zimmermann, Kornelia Urban, Torsten Stein